

Dresdner Volkszeitung

Postkontos: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Postkontos: Gebr. Arnhold, Dresden, und Sächs. Staatsbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Königsbrunn und Dresden-Albstadt

Abonnementspreis einschließlich Frangirungslohn in der Woche vom 22. bis 28. September 12000 000 M., unter Kreuzband für Deutschland die Nummer 8000 000 M. Einzelnummer 2500 000 M. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25 281. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25 281. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: Grundpreis mal Schließelzahl. Grundpreise: die 20 mm breite Komparatzeile 135 M., die 90 mm breite Reklamzeile 500 M., für auswärtige Anzeigen 160 und 560 M. Schließelzahl: 80 000. Familienanzeigen Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefniederlegung 800 000 M.

Nr. 225

Dresden, Mittwoch den 26. September 1923

34. Jahrg.

Um die Neumark

Die neuen Währungsprojekte der Regierung haben vielfach starke Kritik erfahren. Und in der Tat, es sind der Angriffspunkte gar viele. Volkswirte die Sicherheit haben, daß wir wieder ein geordnetes Geldwesen erhalten wie in der Vorkriegszeit, so mühten wir sofort eine auf Gold und Devisen gegründete Währung zu schaffen. Nur wenn es möglich ist, für die im Inland umlaufenden Zahlungsmittel wenigstens für den Verkehr nach dem Ausland Gold oder Devisen in einem ihrem Nennwert entsprechenden Betrag zu erhalten, ist die Sicherheit gegeben, daß keine neue Geldentwertung eintritt. Wenn die Regierung jetzt erst eine Übergangswährung einführen will, so deshalb, weil man nicht schnell genug die Mengen Gold und Devisen würde zusammenbringen können, die man zu einer billigen auf Gold gegründeten Währung braucht. Daran aber, daß wir versuchen müssen, so schnell als möglich aus unserem Papiergeld herauszukommen, kann kein Zweifel sein, daher das allerdings recht fragwürdige Experiment mit der Bodenmark oder, wie es jetzt heißen soll, Neumark.

Bleibt überhaupt die Aussicht, daß diese neue Mark wertbeständig bleibt? Bekanntlich soll zugunsten einer neu zu errichtenden Währungsbank der private Sachbesitz belastet werden, und zwar mit höchstens 3 Prozent in Gold, ist die Belastung mit 3 Prozent nicht erforderlich, um das auf 3,2 Millionen Goldmark festgesetzte Grundkapital der Bank aufzubringen, zum Teil mit einem entsprechend geringeren Betrag. Die Sachwertbesitzer, die übrigens zugleich Anteilhaber der Bank werden und einen Anteil am Gewinn der Bank erhalten sollen, haben ihre Schuld mit 6 Prozent in Gold zu verzinsen. Die Bank stellt zunächst auf Grund der Belastung der Sachwerte Rentenbriefe aus, die mit 5 Prozent verzinst werden. Diese Rentenbriefe sollen als Deckung für die ausgegebene Neumark dienen. Die Bank ist verpflichtet, jederszeit für 500 Neumark Rentenbriefe im gleichen Nennwert in Gold herauszugeben. Man wird also für die Neumark jederzeit ein wertbeständiges zu 5 Prozent in Gold verzinsliches Papier erhalten können und deshalb hofft man, daß die Neumark im Verkehr wertbeständig bleibt. Das Reich erhält von der Währungsbank zunächst ein unverzinsliches Darlehen von 300 Millionen Neumark und gegen Verpfändung eventuell noch weitere 1,3 Millionen, aber nicht mehr. So soll verhütet werden, daß der Wert der Neumark ebenso wie der unserer Papiermark dadurch herabgedrückt wird, daß das Reich das neue Geld unbegrenzt für die Bezahlung seiner Ausgaben in Anspruch nimmt. Die Neumark soll an die Stelle unseres Papiergeldes treten. Soweit und solange noch altes Papiergeld im Umlauf ist, soll es zu einem bestimmten Verhältnis zur Neumark gesetzt werden.

In Zukunft wird natürlich der Kurs der fremden Zahlungsmittel in Neumark notiert werden und dabei wird sich zeigen, ob die neue Mark ihren Wert behalten wird. Sinkt die Neumark im Verhältnis zu den fremden Zahlungsmitteln, so muß das zur Folge haben, daß auch die in Neumark ausgedrückten Preise steigen, daß die Neumark in vollem Umfang von einem Entwertungsprozess ergriffen wird. Man glaubt freilich dieser Gefahr dadurch vorbeugen zu können, daß man die Neumark nur in beschränkter Menge ausgibt. Allgemein wird heute die Anschauung vertreten, daß die Entwertung unseres Papiergeldes in der ersten Reihe auf die starke Inanspruchnahme der Notenpresse zurückzuführen ist, und richtig ist auch, daß eine starke Vermehrung der Umlaufsmittel zu einer Geldentwertung führen muß, aber andererseits ist bei einer Währung, die nicht auf Gold und Devisen gegründet ist, auch dann eine Geldentwertung möglich, wenn von vornherein nicht jubelnd Zahlungsmittel ausgegeben werden, und zwar dann, wenn ein Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Devisenmarkt herrscht, weil die Zahlungsverpflichtungen gegenüber dem Ausland die Forderungen übersteigen, weil die Zahlungsbilanz passiv ist. Die Vermehrung der Umlaufsmittel ist dann nicht die Ursache, sondern die Folge der Geldentwertung, denn wenn einmal das Geld seinen Wert verliert, so braucht der Verkehr eine größere Menge von Zahlungsmitteln und dann muß die Notenpresse einfach in Bewegung gesetzt werden, um den Zahlungsmittelbedarf der Wirtschaft zu decken.

Was wird aber dann, wenn die in der neuen Mark festzustellenden Devisenkurse in die Höhe gehen, etwa deswegen, weil wir einen zu großen Devisenbedarf für die Reparation oder für die Einfuhr haben, wenn etwa der Dollar statt mit 4,20 M. mit 8,40 Neumark bezahlt wird? Dann wird es sehr vorteilhaft sein, die Neumark in Rentenbriefe, die auf Goldmark lauten und mit Gold verzinst werden, umzutauschen. Was die Mark gegenüber den fremden Zahlungsmitteln auch noch so tief sinken, es bleibt doch dabei, daß man für 500 Neumark einen auf 500 Goldmark lautenden, mit 5 Prozent verzinslichen wertbeständigen Rentenbrief erhält. So kann es eintreten, daß ein großer Teil der umlaufenden Neumark zur Währungsbank zurückwandert und dem Verkehr Umlaufsmittel entzogen werden. Es kann dann sein, daß dadurch die Nachfrage nach fremden Zahlungsmitteln gedrosselt wird und deshalb die Devisenkurse wieder sinken. Sicher ist das aber nicht. Ist der Devisenbedarf für die Reparation oder die Einfuhr wirklich sehr groß und dringend, so werden möglicherweise die Devisenkurse auch dann hoch bleiben, wenn wir unter einem Mangel an Umlaufsmitteln leiden. Es ist auch

möglich, daß die Neumark deswegen aus dem Verkehr abfließt und in Rentenbriefe umgetauscht wird, weil im Ausland die Rentenbriefe gern zur Kapitalanlage benutzt werden. So kann ein für die Volkswirtschaft gefährlicher Mangel an Umlaufsmitteln entstehen.

Man sieht, wir sind bei dem neuen Geld vor allerhand unangenehmen Überraschungen nicht sicher, die freilich dann vermieden werden können, wenn wir genügend Devisen zur Verfügung haben. So kommt man bei der Behandlung des deutschen Währungsproblems immer wieder zu demselben Resultat: wir können unser Geldwesen auf die Dauer nur in Ordnung halten, wenn es gelingt, zu verhindern, daß auf dem Devisenmarkt die Nachfrage das Angebot übersteigt. Man hofft freilich, daß das Vorhandensein eines neuen stabilen Zahlungsmittels verstopfte Devisen in größeren Mengen auf den Markt bringt. Aber niemand kann mit Sicherheit sagen, ob sich diese Hoffnung erfüllen wird. Es wäre ein sträflicher Leichtsinns, wollte man sich darauf verlassen, daß allein durch die Schaffung der Neumark die notwendigen Devisenmengen zum Vorschein kommen, zumal niemand mit Sicherheit weiß, wieviel Devisen überhaupt in deutschen Händen sind. Soll das neue Währungsexperiment Erfolg haben, so muß nachgeholfen werden, nicht nur durch eine Steuerpolitik, die das Defizit des Reiches beseitigt, sondern auch durch wirtschaftspolitische Maßnahmen zur Verbesserung unserer Handels- und Zahlungsbilanz, wie wir sie immer wieder gefordert haben, besonders durch eine Beschränkung der exportbeherrschenden Einfuhr. Dann haben wir auch am ehesten Aussicht, daß wir die jetzt geschaffene Neumark recht bald wieder beseitigen und den Zahlungsmittelbedarf unserer Volkswirtschaft wieder durch Goldzahlungsmittel befriedigen können.

Sehr beachtenswert ist die Kritik, die in der Frankfurter Zeitung an den Regierungsplänen geübt wird. Nach dem Plan der Regierung sollen neben der Neumark auch Goldnoten der Reichsbank in Umlauf gesetzt werden, die als Zahlungsmittel für Großhandel und Industrie dienen sollen. Das Frankfurter Blatt wirft die Frage auf, aus welchem Grunde Industrie und Handel, wenn sie an die Wertbeständigkeit der Neumark glauben, neben dieser auch eine Wette für sich fordern. In der Tat, solange man glaubt, eine volle Goldwährung noch nicht schaffen zu können, sollte man die verfügbaren Gold- und Devisenmengen lieber dazu verwenden, um die Neumark zu stützen, statt daß man für Großindustrie und Großhandel eine besondere Währung schafft. Starke Bedenken macht die Frankfurter Zeitung dagegen geltend, daß die neue Währungsbank ein Privatunternehmen der Wirtschaftskreise, losgelöst vom Reich, sein soll. Es besteht die Gefahr, daß hier eine neue starke Position für das Privatkapital geschaffen wird. Nach den Erfahrungen, die das Reich mit der unabhängigen Reichsbank gemacht hat, sollte man doch recht vorsichtig sein. Vorsorge muß dafür ge-

troffen werden, daß das Reich einen entscheidenden Einfluß auf die Leitung und Geschäftsführung der Bank erhält.

Ferner beanstandet das Frankfurter Blatt mit Recht, daß die hypothekarische Belastung der Privatwirtschaft nicht zugunsten des Reichs, sondern zugunsten der Bank statifinden soll und daß die Schuldner der Bank, die ja zugleich Anteilhaber sind, am Gewinn der Bank beteiligt werden sollen, so daß ihnen ein Teil der laufenden Zinsen bis zu 8 Prozent wieder als Gewinn zuzuführen könne. Es ist nicht einzusehen, warum man nicht den ganzen Gewinn dem Reich zuführen will. Die Belastung der Privatwirtschaft für die Währungsreform ist so gering, daß sie auch dann kaum in Betracht kommt, wenn, wie zu erwarten ist, zu der jetzigen Belastung noch eine weitere Belastung des privaten Sachbesitzes für Reparationszwecke kommt.

Freier Weg zu Verhandlungen

Paris, 25. Sept. Das amtliche Depeschembureau Havas erklärt in einer offiziellen Mitteilung: Das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten hat nur durch die Presse Kenntnis von dem Entschlusse der Regierung Stresemanns, den passiven Widerstand zu beenden. Dem französischen Botschafter in Berlin ist keine offizielle Mitteilung zugegangen. Es ist nun, nachdem die Zurückziehung der Verhandlungen einmal erfolgt ist, eine neue Lage geschaffen, die die Eröffnung von Verhandlungen zwischen Deutschland und den Alliierten gestattet wird. Zwischen den alliierten Regierungen wird unverzüglich ein Meinungsaustrausch eingeleitet werden, und es ist wahrscheinlich, daß Poincaré in erster Linie mit den belgischen Ministern verhandeln wird. Der Ministerpräsident fährt heute abend nach Paris zurück.

Paris, 25. September. Der offiziöse Temps stellt die Frage, warum man die Einstellung des passiven Widerstandes erkennen könne. Er beantwortet sie dahin, daß die Annulierung der Dekonnanzen und der sie begleitenden Maßnahmen, so unerlässlich sie auch sei, nur das äußere Zeichen der Verständigung und nur die Vorbedingung von Verhandlungen zwischen den Alliierten und Deutschland sein könne. Damit die deutschen Vorschläge erörtert werden können, sei es notwendig, zu wissen, was die Alliierten einbringen. Hierauf könne man sich über die Einstellung des passiven Widerstandes und über den Wert der von Deutschland gemachten Vorschläge aussprechen.

Die „Vorbedingung für Verhandlungen“ ist nun auch im Sinne der französischen Nachrichten erfüllt worden, der passive Widerstand im Ruhrgebiet wird aufgegeben. Das geschieht nicht aus freundlicher Unterwerfung unter Poincarés Diktat, das ist einfach eine Folge des Zwanges der inneren Not. Da die deutschnational inspirierte Regierung Cuno den passiven Widerstand nicht durch eine Finanzpolitik stützte, die die Verluste heranzog, im Gegenteil den Besitzenden noch die Werte des währungslos gewordenen Reichsdruckes zuführte, mußte der Zeitpunkt des Zusammenbruchs

Wachsamkeit und Besonnenheit!

An die Mitglieder unserer Partei!

Die von der Bevölkerung und besonders von der Arbeiterschaft stürmisch verlangte Beendigung des Ruhrkonfliktes soll zum Kustakt der Konterrevolution werden. Nationalisten und Faschisten rüsten fieberhaft, um unter der Parole „Verrat an Vaterlande“ ihre republikstüßenden Absichten durchzuführen. In Bayern und andern Teilen des Reiches spricht man in diesen Kreisen bereits eine sehr offene Sprache. Aber auch von kommunistischer Seite wird versucht, diese Bewegung auszunutzen und die Beendigung der Ruhraktion mit der Errichtung der Arbeiter- und Bauernregierung zu beantworten.

In einem neuesten Aufrufe der Berliner kommunistischen Zentrale werden die Mitglieder der K. P. D. aufgefordert, allerorts an unsere Organisationsleitungen heranzutreten, um mit diesen Aktionskomitees zu bilden, die den Generallstreik vorbereiten und damit der Abwehr des Faschismus sowie der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat den Weg bahnen sollen.

In Sachsen befindet sich diese politische Macht restlos in den Händen des Proletariats. Staatspolizei und Staatsorgane sind der sozialdemokratischen Regierung unterstellt und diese hat bisher gezeigt, daß sie mit allen Mitteln die konterrevolutionäre Bewegung zu unterdrücken willens und in der Lage ist.

Sollten die Konterrevolutionäre einen Kustakt wagen, dann werden Partei und Gewerkschaften sofort in erforderliche Aktion treten; alle Maßnahmen sind getroffen. Wir eruchen unsere Mitglieder und Organisationsleitungen, die Bildung von Aktionsausschüssen und Abmachungen mit der K. P. D. sofort abzulehnen, als eine Weisung dazu vom Bezirksvorstande nicht erfolgt.

Die Stunde gebietet für jedes unserer Mitglieder gründlichste Wachsamkeit, Ernst und Besonnenheit. Die Organisationen müssen besonders jetzt fest in den Händen der Leitungen liegen, damit um so energischer jede erforderliche Abwehrmaßnahme und Aktion durchgeführt werden kann.

Der Bezirksvorstand der K. P. D.

Die neueste K. P. D.-Parole

Die Kommunisten rüsten nicht etwa gegen den Bürgerkrieg, sondern sie wollen ihn. Jedes Bündnis zur Bewirklichung dieser Absicht ist ihnen dabei recht. Deshalb suchte Kappel Fikking bei Nebenlow und anderen „ehrlich nationalen Kreisen“. Bis heute scheint dabei nicht viel für die böhse-willigen Wünsche herausgesprungen zu sein, denn plötzlich streben sie wieder nach der entgegengesetzten Richtung, um hier ihr Heil zu versuchen. Sie haben inzwischen einen Brief, der gleichzeitig in der kommunistischen Presse veröffentlicht wurde, an die Zentralvorstände der Gewerkschaften und den sozialdemokratischen Parteivorstand gerichtet. In diesem Schreiben wird zu einer gemeinsamen Aktion gegen die Konterrevolution aufgefordert und als Kampfmittel der politische Generallstreik vorgeschlagen. Der obige Aufruf ist die Antwort unserer Dresdner Parteileitung. Ueber den Standpunkt, den die Berliner Parteileitung der K. P. D. zur neuesten Generallstreikparole der K. P. D. einnimmt, schreibt der Sozialdemokratische Parlamentsdiens: „Es ist ganz selbstverständlich, daß der sozialdemokratische Parteivorstand auf den Brief der Kommunisten keine Antwort gibt. Die kommunistische Partei mag herabwärtig weiterhin um die Freundschaft der Deutschvölkischen nachsuchen, mit denen sie in geistiger Hinsicht manches gemein hat. Die sozialdemokratische Partei hat wirklich andre Sorgen, als den Ruck zum Gärner zu machen, denn der Vorschlag, einen politischen Generallstreik über ganz Deutschland durchzuführen, läßt auf nichts andres hinaus, als die Arbeitermassen in die Nachkriegsgeheire der Kreise zu treiben, mit denen Kappel gestern noch Arm in Arm lag.“

* Die Zinsen für die Sachwertbelastungen sind natürlich nicht etwa in barem Gold zu zahlen, sondern in Neumark, werden aber nach dem jeweiligen Goldkurs der Neumark berechnet. Dasselbe gilt für die Zinsen der Rentenbriefe.